

GERADE. RICHTIG.

18. September: CDU wählen

Das sagt die CDU zum Thema: **Wohnen und Arbeiten in Lichtenrade**

Lichtenrade als der südlichste Teil des Bezirks wird von vielen Menschen bewohnt, die eine ausgeprägte Bindung an ihren Ortsteil haben. Sie leben teilweise seit mehreren Generationen hier und sind stolz auf ihren Bürgersinn und das besondere Lebensgefühl. Dieses ist jedoch zunehmend gefährdet. Die neuen Flugrouten des Großflughafens BER, das ungelöste Problem der Dresdener Bahn, die steigende Verkehrsbelastung durch den Ausbau der B 96 am Kirchhainer Damm schaffen bei vielen Lichtenratern eine Mischung aus Wut, Enttäuschung und Zukunftsangst. Die Absicht des Senats, verschiedene Strafvollzugs – und überregionale Drogenprojekte in Lichtenrade anzusiedeln, machen die Situation für die Lichtenrader unerträglich, was auch bei den Lichtenrader Montagsdemonstrationen spürbar ist. Wir fordern deshalb: Schluss mit der Zerstörung eines ganzen Ortsteils und den gewachsenen Strukturen in Lichtenrade. Die CDU steht deshalb für folgende Positionen:

- Die Flugrouten für den Großflughafen BER müssen bleiben - wie im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zu Grunde gelegt und vorgesehen! Entscheidungen der Politik müssen berechenbar sein, darauf müssen die Menschen vertrauen können. Viele Menschen haben ihre Lebensplanung auf dieser Grundlage getroffen. Ein Verlassen dieser Planungsgrundlage widerspricht dem Politikverständnis der CDU. Die Belastungen für die Lichtenrader müssen auch angesichts der Nähe zu BER in einem vertretbaren Rahmen bleiben.
- Lichtenrade ist traditionell stark mit den Umlandgemeinden verzahnt. Wir wollen deshalb die Stärkung der gemeinsamen Landesplanung mit Brandenburg bei Grün- und Umweltmaßnahmen, z. B. Ausdehnung des Landschaftsparks Hoher Fläming auf Teile von Lichtenrade.



BERND KRÖMER.
Bezirksbürgermeister
für Tempelhof-Schöneberg.

CDU

- Der Ausbau der Dresdener Bahn ist die wichtigste Ausbaumaßnahme im südlichen Berliner Eisenbahnnetz. Nach bisheriger Bahnplanung durchschneidet die neue Trasse den ganzen Ortsteil Lichtenrade in ebenerdiger Bauweise bei gleichzeitig völlig unzureichenden Umweltschutzmaßnahmen. Dies ist für die Lichtenrader Bürger unzumutbar. Wir setzen uns deshalb gemeinsam mit der „Bürgerinitiative Lichtenrade – Dresdener Bahn e.V. – Bahn für die Menschen“ weiter dafür ein, dass
 - ◆ ein Tunnel für die Bahntrasse in Lichtenrade errichtet und endlich eine Zusage des Landes Berlins zur Finanzierung der Mehrkosten gegeben wird,
 - ◆ auf der gesamten Strecke ein umfassender Erschütterungs– und Lärmschutz für Lichtenrade und Marienfelde sichergestellt wird und
 - ◆ Fördermittel aus der Europäischen Union für das Projekt beantragt und auch tatsächlich abgerufen werden.
- Die Verkehrsauswirkungen der ausgebauten B 96 müssen für Lichtenrade abgewartet werden. Sollte sich der Verkehr entgegen den Erwartungen auch über die Nebenstraßen Lichtenrades verteilen, wird sich die CDU für wirksame Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in den betroffenen Gebieten stark machen.
- Die CDU will die Erhaltung und Stärkung der Bahnhofstraße als regionales Einkaufs– und Gewerbezentrum. Die Straße ist zugleich Lichtenrades Herz und Begegnungsstätte sowie die regionale Einkaufsstraße für den täglichen Bedarf der Lichtenrader. Deshalb halten wir den Neubau eines kleinen regionalen Einkaufszentrums und die Wiederbelebung der alten Mälzerei als Kultur- und Gastronomiestandort für eine gute Idee. Auch hier gilt: Planungen müssen mit und nicht gegen die Bewohner erfolgen. Wir wollen deshalb die Vertretung der Gewerbetreibenden (AG Bahnhofstraße) und andere Ortsteilinitiativen in die Planung einbeziehen.
- Keine Verlagerung der Drogenfachabteilung der Jugendstrafanstalt an den Standort Lichtenrade, denn wir wollen dort keinen Kriminalitätsschwerpunkt schaffen. Stattdessen halten wir die Verlagerung der bislang in Lichtenrade untergebrachten Untersuchungshäftlinge zum Standort Plötzensee für sinnvoll. Die dann freiwerdenden Gebäude können nach entsprechender Instandsetzung durch die Jugendarrestanstalt genutzt werden. Damit entfielen der teure Erweiterungsbau der Jugendarrestanstalt.
- Wir wenden uns gegen Überlegungen, das Gemeinschaftshaus Lichtenrade als Bürogebäude zu nutzen und wollen es als Veranstaltungs- und Kommunikationszentrum erhalten.